



Bautzen, 21. September 2017

Ihr Ansprechpartner:
**Herr Landrat Lange, Verbandsvorsitzender,
Sprecher des Beirats**
03581 / 663 9001

Herr Zettwitz, Leiter der Verbandsverwaltung
03591 / 67966 110

www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de
E-Mail: info@rpv-oberlausitz-niederschlesien.de

Pressemitteilung

Am 18. September 2017 traf sich der „Beirat zum Entwicklungskonzept für die Gemeinden Trebendorf (Trjebin), Schleife (Slepo) und Groß Düben (Dzéwin) unter den Bedingungen des langfristigen Braunkohlenbergbaus“ unter der Leitung von Landrat Lange zu seiner 37. Sitzung in Trebendorf. Im Mittelpunkt standen die Umsiedlung von Mühlrose und sonstige infrastrukturelle Vorhaben. Damit werden gleiche Lebensbedingungen in allen Ortsteilen unabhängig von den mittlerweile reduzierten Umsiedlungen angestrebt.

Im Beirat wurde ausführlich über den derzeitigen Stand der Standortfindung für Mühlrose informiert und diskutiert. So stehen den betroffenen Mühlroser Bürgerinnen und Bürgern neben individuellen Entscheidungsmöglichkeiten zwei Alternativstandorte in Trebendorf (Halbendorfer See) und Schleife (Lieskauer Weg) zur Wahl, über die sie im Oktober abstimmen können. Den Sitzungsteilnehmern ist es ein wichtiges Anliegen, weiterhin eine gemeinschaftliche Umsiedlung für den Gesamtort Mühlrose zu erreichen. Außerdem legt der Beirat Wert darauf, nach Klärung der Standortfrage weitere, bislang für die Umsiedlung reservierte Flächen für die zukünftige Siedlungstätigkeit, d. h. im Einfamilienhausbau, im Mietwohnungsbau sowie im betreuten Wohnen der Gemeinde Schleife, zur Verfügung zu stellen.

Die Beiratsmitglieder konnten sich davon überzeugen, dass die im Maßnahmenplan zwischen Kommunen, Freistaat und Bergbauunternehmen vereinbarten prioritären Vorhaben konsequent vorangetrieben werden. Dazu gehören die jeweiligen Untersuchungen und daraus abgeleiteten Planungen für die Abwasserkonzeption, die Breitbandversorgung, die KITA Milenka in Rohne und den Brandschutzbedarf. Im Hinblick auf den Wärmelieferungsvertrag sind weitere Abstimmungsgespräche zwischen den Gemeinden und der LEAG vorgesehen, welche der Beirat aufmerksam verfolgen wird. Dies gilt genauso für die Ergebnisse der jüngst gegründeten AG Immissionsschutz.

Die sich abzeichnende Entwicklung bildet nicht zuletzt den Rahmen für die angelaufene Braunkohlenplanung. Die zugehörige Beteiligung der Kommunen, Behörden und Verbände läuft bis Ende September dieses Jahres. Darüber hinaus steht der Regionale Planungsver-

band in Kontakt mit dem Bergbauunternehmen, um mit diesem die fachlichen Grundlagen für die Erstellung des künftigen Braunkohlenplans abzustimmen.

Abschließend haben die Beiratsmitglieder festgestellt, dass die neue Abbauplanung Auswirkungen auf die bisherigen Vorstellungen des Entwicklungskonzepts hat. Der Anpassungsbedarf soll zeitnah untersucht werden, um die Konzeption zu aktualisieren und die Kommunen insgesamt zukunftsfähig aufzustellen. Dabei sollen auch die Erfordernisse des Strukturwandels aufgegriffen und die Vernetzung mit den dafür verantwortlichen Akteuren hergestellt werden.

Bernd Lange
Landrat und Verbandsvorsitzender,
Sprecher des Beirats